

Forderung nach Bundeswehreinsetzung im Irak

Die grünen Kriegsherren

Von Henning Hoffgaard

Die Grünen marschieren stramm voran. Nicht weniger als einen Einsatz von Bodentruppen der Bundeswehr im Irak und Syrien brachte Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt nun ins Spiel. Die Forderung sorgte selbst bei Union und SPD nur noch für Kopfschütteln. Die Zeiten, in denen die Grünen-Führung sich noch freudestrahelnd mit „Kein Krieg im Irak“ ablichten ließ und den Satz „Soldaten sind Mörder“ verteidigte, sind offensichtlich vorbei.

Während Göring-Eckardt von einem Kampfeinsatz der angeschlagenen Bundeswehr gegen den „Islamischen Staat“ träumt, hat ihre eigene Parteibasis ganz andere Interessen. Dieselben Soldaten, die nun im Irak und Syrien verheizt werden sollen, müssen sich bei jedem öffentlichen Auftritt beschimpfen lassen. Mit freundlicher Genehmigung der Grünen. „Öffentliche Gelöbnisse der Bundeswehr tragen zur Militarisierung des öffentlichen Raumes bei“, empörten sich zuletzt sechs Landtagsabgeordnete. Zugleich sollen Jugendoffiziere Schritt für Schritt aus Schulen und Universitäten vertrieben werden.

Das wäre doch mal ein tolles Parteitagsthemat: „Raus aus den Schulen, rein in den Irak!“ Vielleicht wäre es allerdings besser, Frau Göring-Eckardt würde gegen den Bundeswehr-Haß in den eigenen Reihen vorgehen, als ihre kümmerliche Expertise zu neuen Militärabenteuern in die Blöcke der Journalisten zu diktieren.

Landtag in Stuttgart lehnt Petition gegen Bildungsplan ab

Es lohnt sich doch

Von Michael Paulwitz

So sieht sie aus, die grüne Arroganz der Macht. Die begründungslose Ablehnung der Online-Petition gegen den „Bildungsplan 2015“ durch die grün-rote Mehrheit im Petitionsausschuß des baden-württembergischen Landtags verrät viel über das – einst in den K-Gruppen erprobte – Machtkalkül der grünen Kader: Wo es dem Machterwerb dient, inszenieren sie sich als basisdemokratische Vorkämpfer; regt sich Widerspruch, wenn sie, einmal an die Macht gekommen, ihre ideologische Agenda durchpeitschen, treten sie jeden Bürgerprotest samt Hunderttausender Unterschriften ungerührt in die Tonne.

Mit der Hartnäckigkeit des Widerstands gegen ihren „Bildungsplan“ haben sich die grünen Homosexuellen- und Gender-Lobbyisten trotzdem verschätzt. Von der Formulierungskosmetik und den Dialog-Inszenierungen, mit denen Ministerpräsident Winfried Kretschmann ihnen den Wind aus den Segeln nehmen wollte, haben sich die Bildungsplangegner nicht einlullen lassen.

Die Wut über die selbstherrliche grüne Ablehnung ihrer Petition sollten sie als Motivationsschub begreifen. Die politische Unterstützung wächst, sogar in der CDU scheinen einige aufgewacht zu sein. Es lohnt sich, Protest auf die Straße zu tragen und mehr „Tea Party“ zu wagen – vorausgesetzt, man behält einen klaren Kopf und hat einen langen Atem.

Milliardenhilfe für Gaza

Dauerkonflikt auf Pump

Von Werner Becker

Krieg, Zerstörung, Wiederaufbau und dann alles wieder von vorne. 4,3 Milliarden Euro hat die internationale Gemeinschaft nun für den Gaza-Streifen gesammelt. Knapp 18.000 Häuser wurden während des Krieges zwischen der Hamas und Israel zerstört. Es ist müßig zu debattieren, wer an der Gewalteskalation die Schuld trägt. Klar ist zumindest, wer dafür die Zeche zahlt: eigentlich alle außer der Hamas und Israel.

Neben den 450 Millionen Euro aus den Kassen der Europäischen Union spendiert Deutschland weitere 50 Millionen Euro. Gut angelegtes Geld ist das nicht. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis sich die beiden Kontrahenten wieder die Köpfe einschlagen. Einen Grund braucht es dafür nicht, schon gar keinen guten. Der Gaza-Streifen ist der höchstsubventionierte Landstrich der Welt. Nirgendwo sonst versickern so viele Gelder in dubiosen Kanälen.

Im schlimmsten Fall landen die Finanzhilfen in den Waffenarsenalen der Hamas und liefern damit der israelischen Regierung, die ebenfalls von Milliardenzahlungen aus dem Ausland profitiert, einen willkommenen Anlaß zu einem neuen Krieg. Der Kreislauf der Gewalt läßt sich so nicht stoppen. Im Grunde finanziert die internationale Gemeinschaft nur die nächste Eskalationsstufe. Dabei können weder Israel noch die Hamas sich den Krieg aus eigener Tasche leisten.



Mario der Zauberer: „Es ist immer schön, mit ihnen Geschäfte zu machen ...!“

Wer bremst, verliert?

Euro-Rettung: Mit dem Ankauf von Ramschpapieren verspielt die EZB ihre Reputation

Wir beobachten gerade eine Wette: Zwei Sportwagen rasen aufeinander zu. Plötzlich wirft einer der Fahrer sein Lenkrad aus dem Fenster. Was macht der Fahrer des anderen Wagens? Sein Handeln in diesem „Feiglingsspiel“ ist vorhersehbar.

Was hier als Gedankenexperiment scheinbar jeglicher Realität entbehrt, wird derzeit von einigen Mitgliedstaaten der Eurozone erfolgreich gespielt. Beispiel Frankreich: Im laufenden Defizitverfahren hatte sich die Regierung bereits für 2013 verpflichtet, die Schuldengrenze von 4 Prozent einzuhalten. Jetzt wird die Erfüllung im Jahr 2017 in Aussicht gestellt.

Beispiel Italien: Zwar erfüllt das Land die Drei-Prozent-Defizitgrenze. Da die Staatsverschuldung mit 135 Prozent die Referenzmarke von 60 Prozent erheblich überschreitet, müßte die Regierung Renzi ebenfalls sparen. Mit ihrem strikten Nein brechen beide Mitglieder nicht nur die Regeln des geschärften Stabilitätspaktes. Das Lenkrad hängt gut sichtbar aus dem Fenster. EU-Kommission und Deutschland werden widerwillig einen Aufschub akzeptieren. Damit liegt der Part des „Feiglings“ bei der Europäischen Zentralbank (EZB).

Der politische Druck auf die EZB wächst. Die Niedrigzinspolitik sowie die üppige Versorgung der Banken mit Zentralbankgeld haben kurzfristig zu einer Entlastung geführt. Auch die Ankündigung des gerade vor dem Europäischen Gerichtshof verhandelten Outright Monetary Transactions-Programms (OMT) hat Wirkung gezeigt. Als Kreditgeber der letzten Instanz wird die EZB Staatsinsolvenzen um jeden Preis verhindern wollen. Die Kosten sind allerdings gewaltig. Bei einem Nettogeldvermögen Deutschlands von 3.574 Milliarden Euro und einem gegenüber 2007 um 3 Prozentpunkte niedrigeren Kapitalmarktumsatz entgehen den Sparerinnen jährlich etwa 107 Milliarden Euro an Zinsentzügen.

Kauft die EZB Staatsanleihen insolventer Staaten auf, gibt es kein Risiko für die Anleger. Die Ausschaltung des

Marktzins als Risikoindikator führt in den Krisenländern zu Kapitalflucht und Staatskonsum und Investitionen fragwürdiger Rentabilität. Die einhergehende Zinsangleichung bringt nochmals eine Umverteilung in Milliardenhöhe zu Lasten der solventen Mitglieder. Allerdings wurde weder die aus Sicht der EZB erwünschte höhere Geldentwertung noch eine spürbare Belebung der Wirtschaft in den Krisenstaaten erreicht. Die Zeit für Reformen blieb ungenutzt.

Der neueste Trick des EZB-Voodoo heißt Kreditverbriefungen. Banken verpacken ihre vergebenen Kredite beispielsweise in drei Pakete. Die erste Tranche (40 Prozent) würde bei Zahlungsausfällen als erste nicht bedient, erst dann würde die zweite (50 Prozent) eintreten. Damit wären nur

Wie die Lehman-Pleite gezeigt hat, sind diese Asset Backed Securities (ABS) sehr komplex und intransparent. Zudem behindert ein relativ geringes Marktvolumen eine faire Preisbildung. Da insbesondere der Bankensektor der Krisenstaaten entlastet werden soll, steht die EZB vor einem Dilemma. Bleibt sie bei ihren bereits auf „BBB“ gesenkten Sicherheitsanforderungen, wird sie keine Papiere dieser Banken kaufen können. Im Falle Griechenlands und Zyperns wird sie deshalb hoch ausfallgefährdete ABS-Papiere mit Ramschstatus akzeptieren. Bei einem in Aussicht gestellten Volumen von bis zu einer Billion Euro käme es zu einem erheblichen Risikotransfer in die Bilanz der EZB.

Was passiert, wenn die EZB Verluste realisiert? Man sagt, eine Zentralbank kann nicht pleite gehen. Formal ist das richtig, doch wie funktioniert dieser Voodoo-Zauber genau? Vorhandene Risikoversorge sowie einbehaltene Gewinne früherer Jahre werden zunächst komplett aufgelöst. Sodann können die Verluste als Verlustvortrag zukünftige Jahre belasten oder die nationalen Notenbanken sind bereit, diese zu übernehmen.

In irgendeiner Art und Weise fallen deshalb die Überweisungen in den Bundeshaushalt geringer aus. Außerdem kommt es bei den nur formal als Verlustvortrag ausgeglichenen Bilanzlücken zur Inflation. Letztlich resultiert ein Verlust an Reputation – dem höchsten Gut, über das eine Notenbank verfügt.

Dies erklärt auch, weshalb die EZB Vorschläge macht, um den Schwarzen Peter der Verlustsozialisierung weiterzuleiten. Staatliche Garantien sollen her. Die Ablehnung der Mitgliedstaaten zeigt: Vergemeinschaftung der Verluste ja, aber nur solange es keiner merkt und es einen selbst nicht trifft. Das ist Voodoo in Perfektion. Deshalb lerne als EZB: Lasse dich niemals auf ein Feiglingsspiel ein, sondern wahre die im EU-Vertrag festgeschriebene Unabhängigkeit.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ordnungsökonomik an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.



VON DIRK MEYER

»Vergemeinschaftung der Verluste ja, aber nur solange es keiner merkt und es einen selbst nicht trifft.«

die letzten zehn Prozent relativ sicher. Aus insgesamt hochgradig risikolastigen Forderungen kann man somit einen geringen Teil als sicher ausweisen. Der Vorteil für die Banken: Sie können diese Pakete am Kapitalmarkt weiterverkaufen, sich von Forderungen minderer Qualität entlasten, um bei geringem Puffer an Eigenkapital Spielraum für neue Kredite zu bekommen.

Damit will die EZB die vermeintliche Kreditklemme für Unternehmen beheben. Doch genau hier setzt der Voodoo-Zauber an. Entweder kauft die EZB diese Papiere zu fairen Marktpreisen, dann findet keine Entlastung der Banken statt. Oder die EZB kauft die Verbriefungen über Wert, dann werden wiederum Risiken vergemeinschaftet. Deshalb wäre eine Beteiligung der begebenden Bank weiterhin wichtig, um Anreize für Schuldentrückzahlung und Risikoeinschätzung aufrechtzuerhalten.

Aufgeschnappt

Übel der Vergangenheit

MATTHIAS BÄKERMANN

Im kalifornischen Berkeley, dort wo sie immer die guten Ideen haben, korrigierte man den Namen schon 1992. Im regnerischen Seattle zogen die Stadtväter erst dieses Jahr nach und änderten den Namen „Columbus-Day“ endlich in „Indigenous Peoples Day“, was Tag der indigenen Menschen bedeutet, womit bis vor kurzem „Native Americans“ gemeint waren, zu denen viele Zeitgenossen des Kolonialismus noch viel kulturunsensibler „Indianer“ sagten.

In jenen unseligen Zeiten, genauer 1892, meinte US-Präsident Benjamin Harrison, anlässlich

des Jahrestages der Landung von Christoph Kolumbus auf der Karibikinsel San Salvador (indigen: Guanahani) einen Gedenktag an die Entdeckung Amerikas am 12. Oktober 1492 ins Leben zu rufen.

Doch damit ist fortan Schluß. Weil das Erinnern an einen weißen Eroberer zu vielen Leuten weh tun könnte, wie das Seattle Stadtratmitglied Bruce Harrell befürchtet. Bedenken von europäischstämmigen Nostalgikern wischt der US-Demokrat entschlossen vom Tisch und verteidigt den Ratsbeschluß vom vergangenen Montag: Seattle werde erst dann wirklich erfolgreich sein werden können, „wenn wir endgültig das Böse aus unserer Vergangenheit verdrängt haben“, ist sich Harrell sicher.

Bild der Woche

Solidarisch

Sitzblockade?

Der Protest der Bundestagsabgeordneten Christine Buchholz von der Linkspartei machte diese Woche im sozialen Netzwerk Facebook die Runde und ließ die Betrachter ob der inhaltlichen Widersprüche etwas ratlos zurückschauen.



FOTO: FACEBOOK

Lesereinspruch

Familienfeindlich

Zu: „25 Jahre nach der Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten! Ein Schritt vorwärts“ von Markus Brandstetter (JF 42/14)

Sind Herrn Brandstetter die 1,3 Geburten je Frau in Deutschland immer noch zu hoch? Seine Lobeshymnen zu unbegrenzten Ladenöffnungszeiten in Deutschland bringen eine Familien- und Kinderfeindlichkeit zum Ausdruck.

Es ist bekannt, daß der Einzelhandel durch die Erweiterung der Ladenöffnungszeiten kaum merkliche Umsatzsteigerungen zu verzeichnen hatte. Die Handelsketten haben die Mehrausgaben für die verlängerten Ladenöffnungszeiten durch Umwandlung von Festanstellungen in Minijobs und Einführung von Teilzeitbeschäftigung kompensiert. Das heißt, das relativ niedrige Einkommen der Verkäuferinnen hat sich weiter verschlechtert. In dieser Gruppe sind vie-

le alleinerziehende Mütter beschäftigt, die fast mit einem Existenzminimum auskommen müssen. Kann sich Herr Brandstetter nicht vorstellen, daß abends viele Kinder auf ihre Mutter und viele junge Männer auf ihre Frauen warten? Es ist schade, wenn für unsere Gesellschaft Abend- und Nachtschicht wichtiger sind als erfüllte Kinderwünsche.

SIEGFRIED KANNENBERG, CHEMNITZ



Ihre Leserbriefe senden Sie an:
JUNGE FREIHEIT Leserforum
Hohenzollerndamm 27 a,
10713 Berlin
leserbriefe@jungefreiheit.de
Fax 030/864953-14